

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zu „Brauchen wir einen digitalen Euro?“

Deutsche Finanzbranche sieht mehrheitlich keine Notwendigkeit – negative Auswirkungen auf die Profitabilität erwartet

FRANKFURT, 18. Dezember 2025

Hintergrund:

Am 30. Oktober hat die Europäische Zentralbank mitgeteilt, dass die Vorbereitungen zur Einführung eines digitalen Euro in die nächste Phase eintreten. Tatsächlich sind die Vorbereitungen so weit fortgeschritten, dass die entsprechende EU-Verordnung (Entwurf liegt seit 2023 vor) bereits 2026 finalisiert werden soll. Dazu bedarf es lediglich der Zustimmung des Europäischen Rates und des Europaparlaments. Die nationalen Parlamente müssen nicht befragt werden. Inzwischen mehren sich die kritischen Stimmen aus der Finanzindustrie und Teilen der Politik.

Ergebnisse der Umfrage:

Mehr als 60% (62,3%) der befragten Fach- und Führungskräfte aus dem Finanzsektor halten einen digitalen Euro angesichts der Vielzahl bestehender Zahlungsinstrumente nicht für erforderlich. Knapp 33% sehen diese Notwendigkeit dagegen schon. Ähnlich sieht das Umfrageergebnis bei der Frage nach der voraussichtlichen Akzeptanz eines digitalen Euro bei Privatkunden aus. Auch hier sehen etwa 67 % der Panelisten eher eine niedrige oder sogar sehr niedrige Akzeptanz angesichts der Vielzahl etablierter digitaler Zahlungsinstrumente.

„Die Umfrage verdeutlicht, dass die Finanzindustrie dem digitalen Euro in seiner gegenwärtig angedachten Form skeptisch gegenübersteht. Die meisten gehen von einer niedrigen Akzeptanz bei den Kunden aus“, sagt Professor Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies.

Im Hinblick auf die sensible Frage nach dem Datenschutz (privacy) ist das Stimmungsbild unter den Panelisten eher ausgeglichen. Knapp die Hälfte (49,6%) hält das Risiko eines nicht vollständig zu gewährenden Datenschutzes für hoch oder sehr hoch. 45,1% schätzen diese Gefahr als niedrig oder sehr niedrig ein. Eindeutiger ist das Bild bei der Einschätzung zum Risiko von Hackerangriffen auf die Bestände an digitalem Bargeld. Fast 70% schätzen dieses Risiko als hoch bzw. sehr hoch ein.

„Das Thema Cyber Security ist bei digitalem Zentralbankgeld ein besonders kritisches Thema. Auch wenn es 100%ige Sicherheit nie geben wird, muss die EZB hier bessere Antworten liefern als bislang“, erläutert Brühl weiter.

Pressemitteilung

Die Auswirkungen eines digitalen Euro auf die Profitabilität des Bankensektors werden kontrovers diskutiert. Einerseits sollen die Banken für bestimmte Dienstleistungen kompensiert werden. Andererseits sollen Basisdienstleistungen (z.B. Einzahlungen, Auszahlungen) kostenfrei sein. Hinzu kommen Kosten aufgrund der Integration in die bestehende IT-Landschaft und ggf. wegfallende Erträge im Zahlungsverkehr.

Vor diesem Hintergrund schätzen mehr als 65% der Panelisten die Auswirkungen auf den Bankensektor negativ oder sehr negativ ein.

„Der Markt für Digitale Assets wächst rapide. Technologie, Marktinfrastruktur und Regulierung sind etabliert, use cases vorhanden und getestet. 2026 dürfte das Jahr des Durchbruchs werden. Inwieweit der Digitale Euro dabei eine maßgebliche Rolle spielen wird, wird entscheidend durch die Frage beeinflusst werden, ob sich der Fokus der EZB von der Retail- auf die Wholesale-Nutzung verlagern wird. Die Entscheidung der EZB Rates für die Ausgabe des digitalen Euro wird für das 2. Quartal 2026 erwartet. Die Kosten werden zwischen 6 und 18 Mrd. Euro kalkuliert. Es wäre wichtig, den ökonomischen Nutzen hinter diesen Kosten in den Blickpunkt zu rücken“, sagt Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Volker Brühl
069/798 30050
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.